



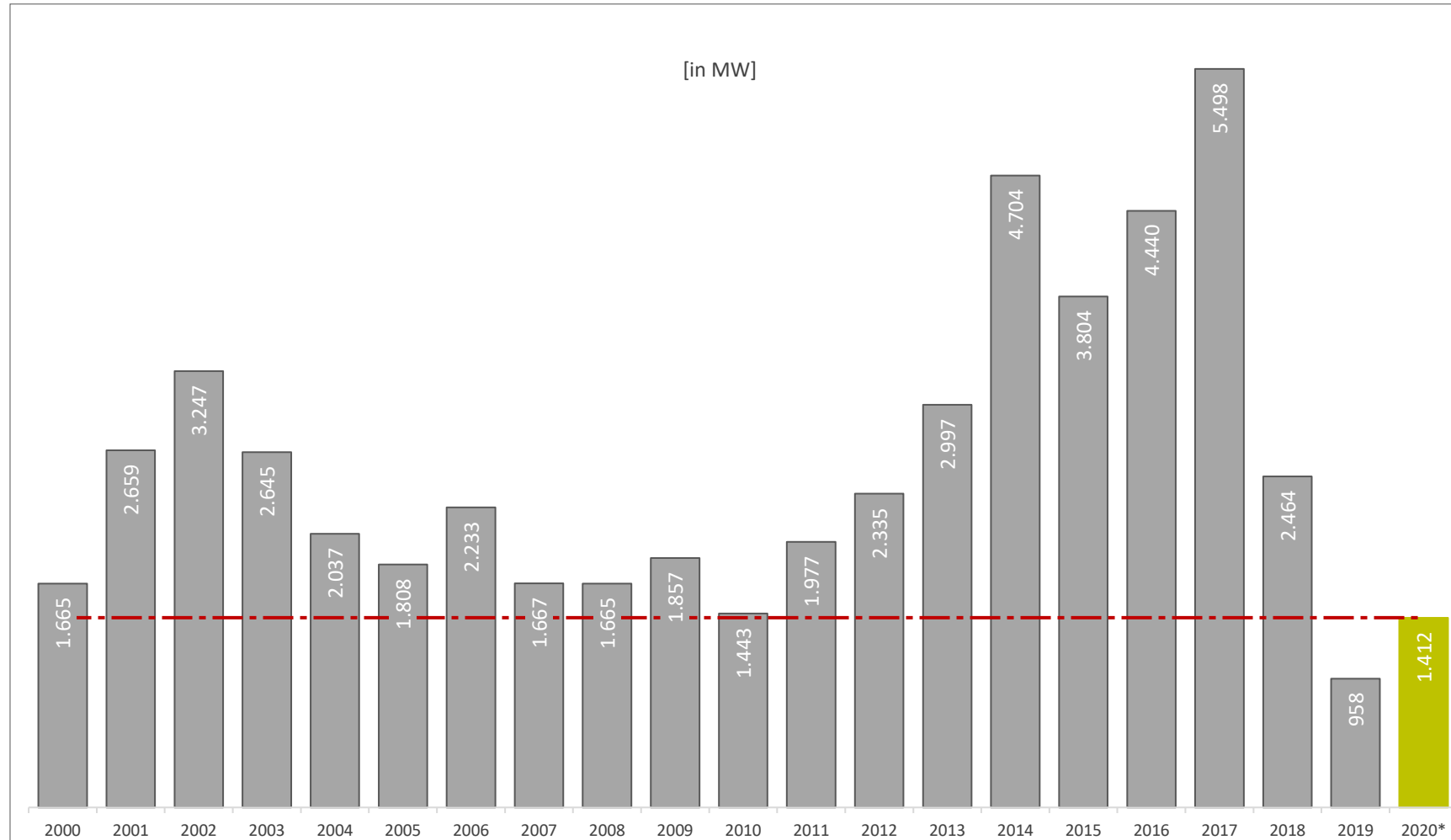
Stiftung
Klimaneutralität

Mehr Fläche für die Windenergie

Vorschlag der Stiftung Klimaneutralität

28.1.2021

Jährlicher Bruttozubau neuer Windenergieleistung an Land



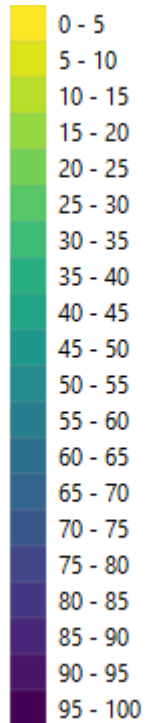
Grundzüge des Vorschlags

1. Positiv-rechtliche, politische Entscheidung des Gesetzgebers zum Flächenbedarf für die Windenergie (durchschnittlich 2 % der Landes- und Gemeindeflächen)
2. Einheitliche Regeln, mit denen für jede Kommune ein Flächenanteil errechnet wird: der Windenergie-Beitragswert in km²
3. Keine Pflicht, Konzentrationszonen für die Windenergie zu planen und auszuweisen, keine Übertragung von Aufgaben durch den Bund auf die Gemeinden
4. Allerdings: Ausschlusswirkung für Windenergieanlagen im übrigen Außenbereich nur für Konzentrationszonen, die mindestens dem Windenergie-Beitragswert entsprechen
5. Mehrere Gemeinden können Windenergie-Beitragswerte gemeinschaftlich erbringen
6. Regionale Planungsträger und Länder können anstelle der Gemeinden Flächen mit Konzentrationswirkung ausweisen, wenn Summe der Windenergie-Beitragswerte erreicht wird
7. Einfaches und schnelles Prüfverfahren, ob die Größe der ausgewiesenen Konzentrationszonen (in km²) dem Windenergie-Beitragswert mindestens entspricht, Bestätigungen werden zeitlich befristet

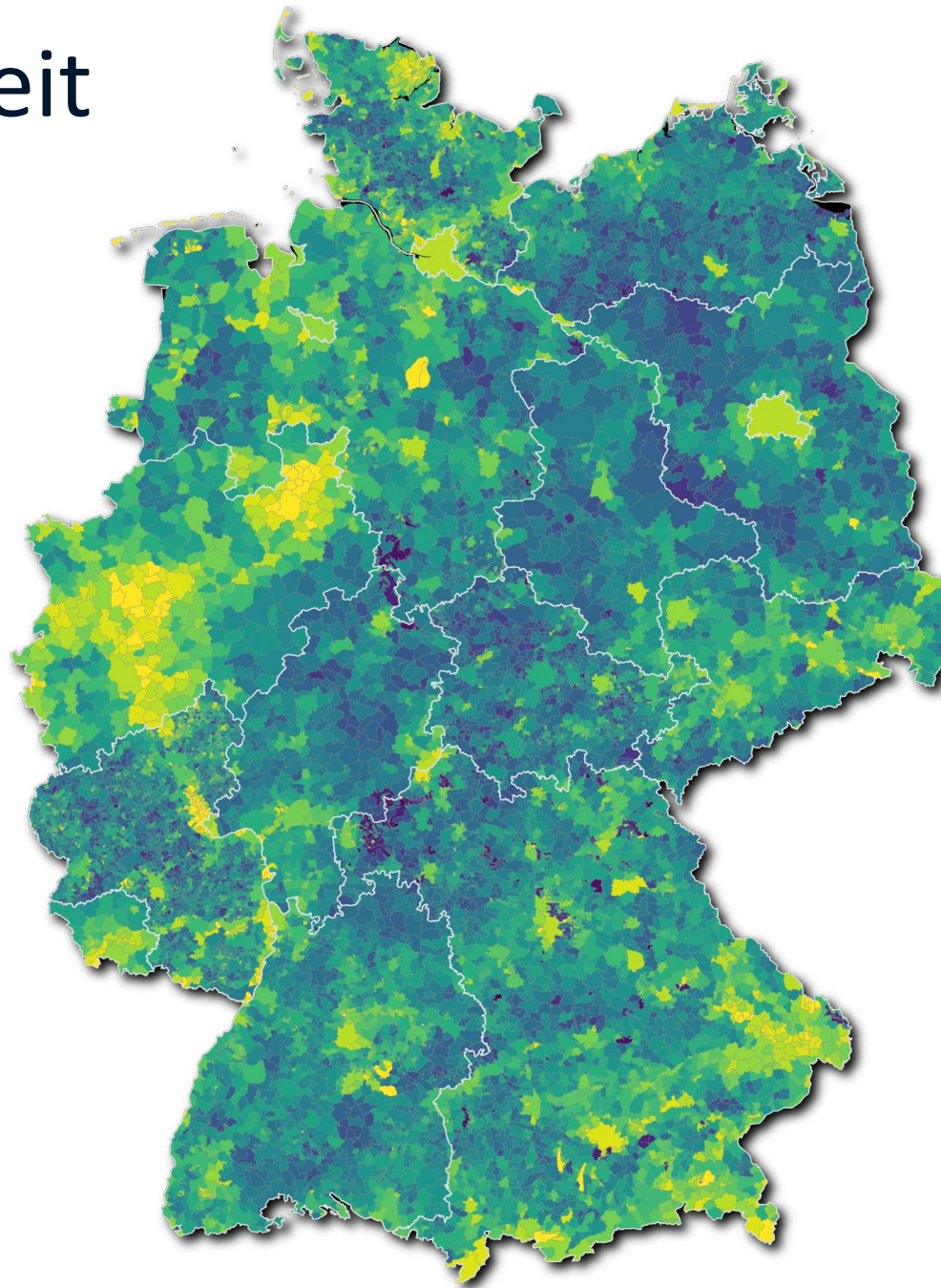
Kriterien für rechnerische Ausschlussflächen

1. Siedlungsflächen mit Wohnnutzung (400 m Abstand);
2. Flächen für Sport, Freizeit und Erholung, Kleingärten und Friedhöfe;
3. Flughäfen, Landeplätze, Segelflugplätze;
4. Zivile Flugsicherungseinrichtungen (600 m Abstand);
5. Bundesfernstraßen, Bundesstraßen sowie Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen (50 m Abstand);
6. Eisenbahnstrecken (50 m Abstand);
7. Bundeswasserstraßen (50 m Abstand);
8. Hochspannungsfreileitungen (100 m Abstand);
9. Militärische Sperrgebiete und Liegenschaften;
10. Weltkulturerbe (Kernzone);
11. Wasserschutzgebiete und Heilquellenschutzgebiete (Zone 1 (50 m um Fassungsbereich));
12. Fließgewässer erster Ordnung und stehende Gewässer (ab 1 ha, § 61 BNatSchG, 100 m Abstand);
13. Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG und Flutungspolder;
14. Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG);
15. Nationalparke (§ 24 BNatSchG) und nationale Naturmonumente (§ 23 BNatSchG);
16. Biosphärenreservate (Kern- und Pflegezone);

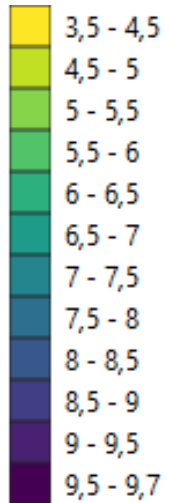
Flächenverfügbarkeit in Deutschland



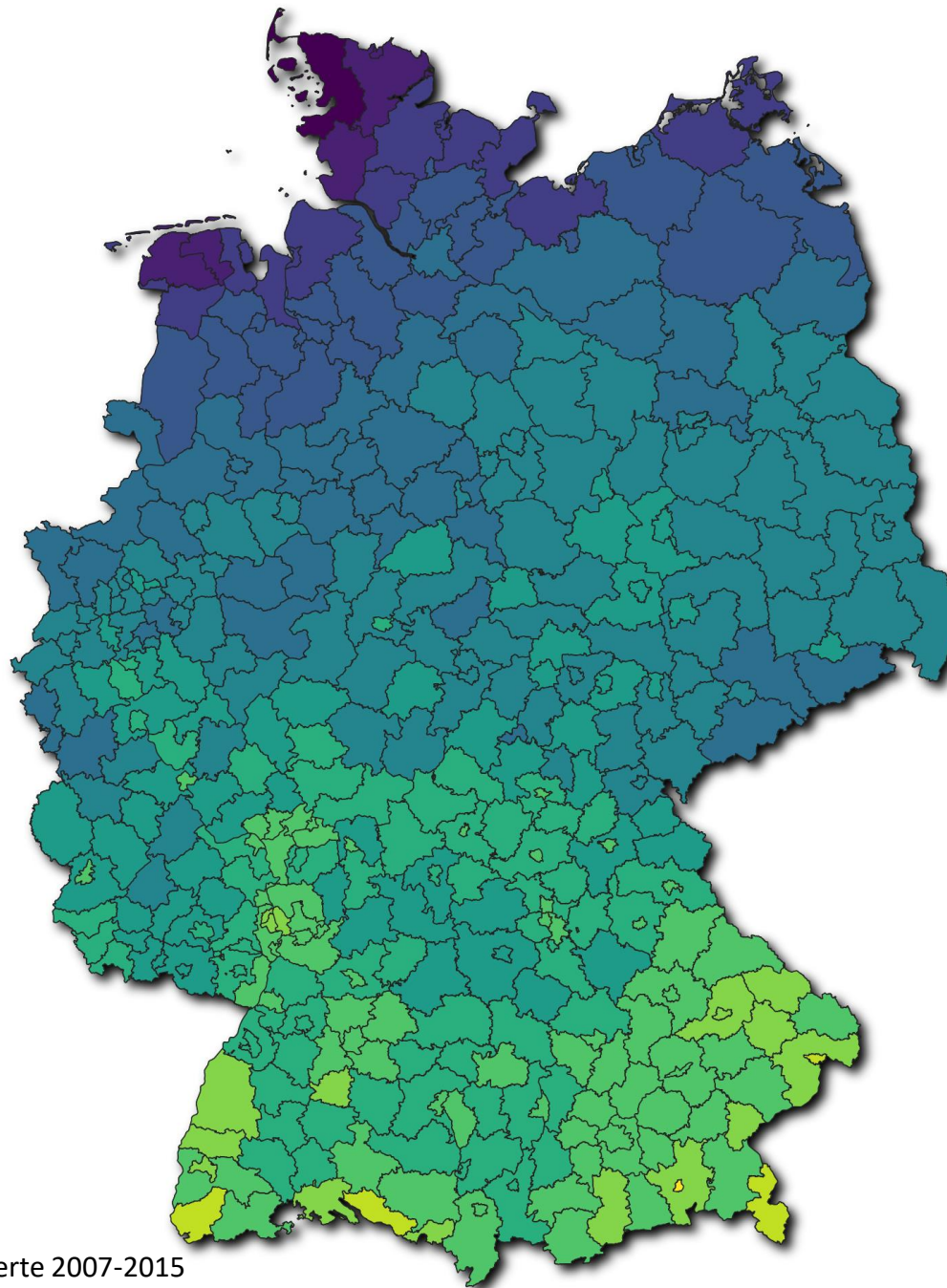
Anteil Restfläche (%)



Windhöffigkeit in Deutschland



Windgeschwindigkeit in
150 m über Grund (m/s)



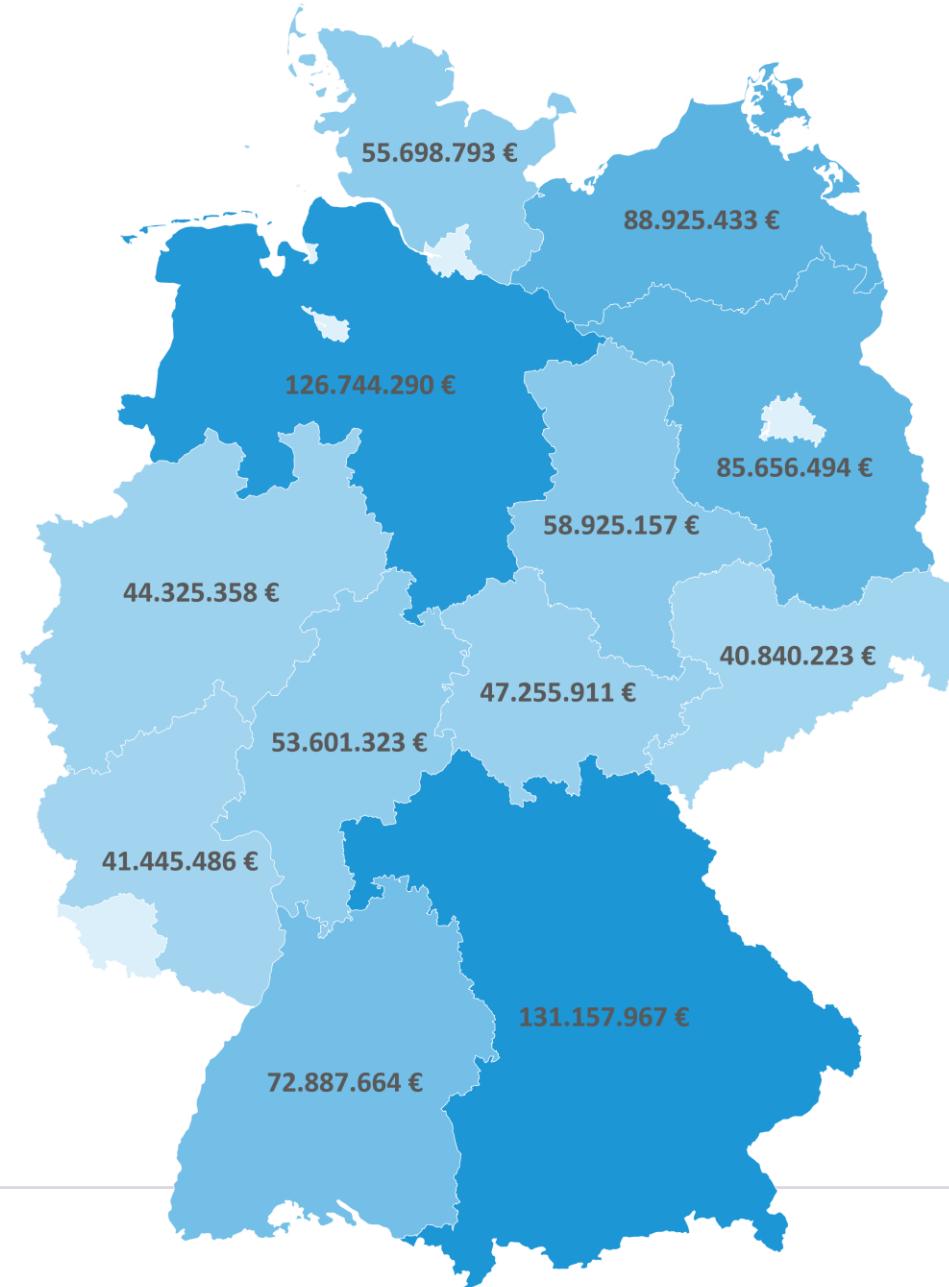
Ergebnisse auf Ebene der Bundesländer

Bundesland	Fläche gesamt (km ²)	Ausschlussfläche (km ²)	Restfläche (km ²)	Summe der kommunalen Windenergie-Beitragswerte (km ²)	Summe der kommunalen Windenergie-Beitragswerte in % der Landesfläche
Schleswig-Holstein	15.813	10.296	5.517	385	≥ 2,4 %
Freie und Hansestadt Hamburg	752	669	83	4	≥ 0,6 %
Niedersachsen	47.707	28.469	19.238	966	≥ 2,0 %
Freie Hansestadt Bremen	420	349	71	4	≥ 0,9 %
Nordrhein-Westfalen	34.095	25.825	8.270	377	≥ 1,1 %
Hessen	21.099	10.560	10.539	456	≥ 2,2 %
Rheinland-Pfalz	19.847	11.020	8.828	382	≥ 1,9 %
Baden-Württemberg	35.723	19.681	16.042	671	≥ 1,9 %
Freistaat Bayern	70.553	41.686	28.867	1.208	≥ 1,7 %
Saarland	2.570	1.874	696	30	≥ 1,2 %
Berlin	893	771	122	6	≥ 0,6 %
Brandenburg	29.698	13.716	15.982	728	≥ 2,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	23.308	11.160	12.148	678	≥ 2,9 %
Freistaat Sachsen	18.477	10.858	7.620	347	≥ 1,9 %
Sachsen-Anhalt	20.554	9.560	10.994	501	≥ 2,4 %
Freistaat Thüringen	16.197	7.380	8.817	402	≥ 2,5 %
Deutschland	357.706	203.873	153.834	7.145	≥ 2,0 %

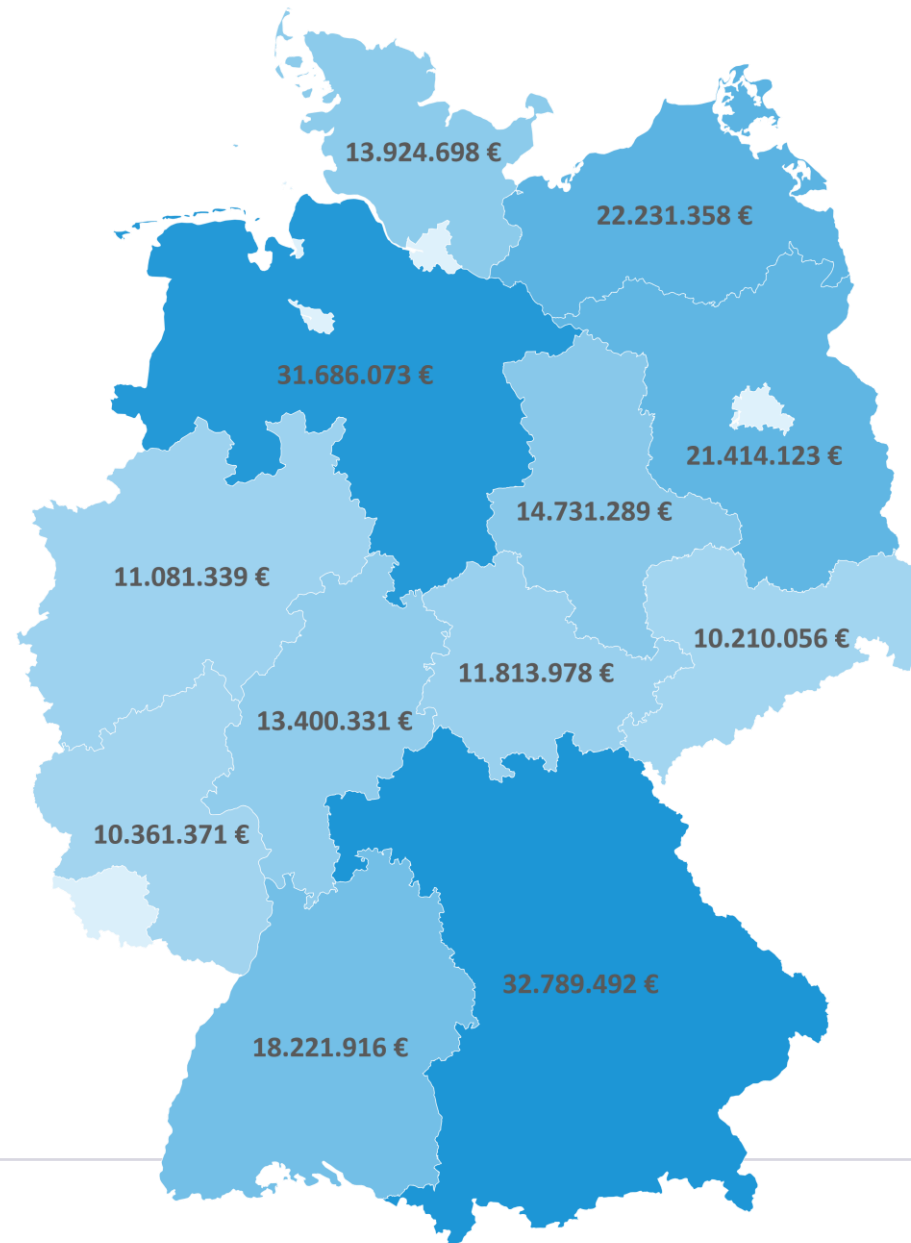
Vorzüge des Vorschlags

1. Weg über Änderung des BauGB mit Abstand schnellste Option. Gesetzgeber gewährt den Beteiligten eine Übergangsfrist von z.B. zwei Jahren, um ausreichend dimensionierte Konzentrationszonen planen zu können.
2. Länder haben kein Abweichungsrecht, mit dem die Erreichung des Ziels, der Windenergie 2 % der Bundesfläche zur Verfügung zu stellen, gefährdet werden könnte.
3. Keine Pflicht, Konzentrationszonen für die Windenergie zu planen und auszuweisen, also keine Übertragung neuer oder zusätzlicher Aufgaben durch den Bund auf die Gemeinden – positiver Anreiz zu planen: Konzentrationszonen nur noch wenn ausreichend Flächen für Windenergie. Verhinderungsplanungen wird es nicht mehr geben.
4. Bestimmung des Windenergie-Beitragswertes für jede Gemeinde durch den Gesetzgeber: Anfechtung der Regelung nicht vor Verwaltungsgerichten, nur vor Bundesverfassungsgericht möglich. Scheitern nur bei Willkür des Gesetzgebers – nicht wenn Gesetzgeber sorgfältig arbeitet.

Mögliche Zahlungen an Kommunalhaushalte für Windenergieprojekte kumuliert von 2023 - 2030



Mögliche Zahlungen an Kommunalhaushalte für Windenergieprojekte im Jahr 2030





Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

www.stiftung-klima.de | info@stiftung-klima.de